

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Druckerei: Sammelnummer: 25 241.  
Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Oktober 1923 bei lögl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark.  
Postbezugspreis für Monat Oktober 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenplätze ohne Neben 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 30 mm breite Reklamenzeile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Oberleitungsgebühr 10 Pf., Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Markenstraße 36/42.  
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht entnommen.

## Die Gründe des deutschnationalen Beschlusses

### Ministerrat in Berlin. — Kein Rücktritt des Gesamtkabinetts Luther.

General Walch hält die Angabe eines bestimmten Termins der Räumung Kölns für unmöglich. — Das Ergebnis der Berliner Wahlen.

#### Der Abschied der deutschnationalen Minister.

Berlin, 26. Oktober. (Mitteil.) Die Reichsminister trafen heute, um 12 Uhr mittags, unter Vorsitz des Reichszanklers zusammen. Der Reichszankler machte von dem Rücktritt der Reichsminister Schiele, v. Schlieffen und Reuhaus Mitteilung und widmete den scheidenden Ministern herzliche Worte des Dankes für ihre Arbeit im Dienste des Vaterlandes. Nach Verabschiedung der Minister Schiele, von Schlieffen und Reuhaus traten die verbleibenden Minister unter Vorsitz des Reichszanklers zu einem Ministerrat zusammen, um zu der durch das Ausscheiden der drei Minister geschaffenen Lücke Stellung zu nehmen.

Die von Regierungseite noch versichert wird, kommt ein Gesamt-Rücktritt des Kabinetts Luther nicht in Frage. Das Kabinett hält es vielmehr für seine Pflicht, die bisherige außenpolitische Linie weiter zu verfolgen.

Im Reichstag sind aus Anlaß der Regierungskrise irgendwelche Dispositionen noch nicht getroffen worden. Der Reichstagspräsident habe gedachte nach den letzten Nachrichten, die er hat nach Berlin gelangen lassen, am heutigen Montag in Amerika zu Schiff zu gehen.

#### Die Bedenken der Deutschnationalen.

Berlin, 26. Oktober. Daß die Deutschnationalen Partei in allen ihren Instanzen das Vertragswerk von Locarno abgelehnt hat, hat an vielen Stellen Ueberraschung hervorgerufen, so daß es sich verlohnt, einmal die Gründe aufzuzählen, die für die Entschlüsse der Deutschnationalen maßgebend waren. Begründet ist die deutschnationalen Haltung zunächst einmal darin, daß das Vertragswerk von Locarno „no variatur“ paraphrasiert worden ist, d. h., daß der Wortlaut der Verträge endgültig feststeht und sie nur im Ganzen abgelehnt oder angenommen werden können. Bemängelt wird weiter von den Deutschnationalen der Art. 1 des Rheinpaktes, zumal seit der offiziellen Auslegung des englischen Auswärtigen Amtes, die an der Einschränkung, daß der territoriale Status quo „in der in den folgenden Artikeln bestimmten Weise“ gesichert werde, glatt vorbeigesehen und so getan habe, als ob durch den Vorbehalt der Status quo nicht nur gegen kriegerische Handlungen, sondern überhaupt gesichert worden wäre, was den Verzicht auf deutsches Land bedeuten würde.

Bemängelt wird weiter der Art. 8, der das Räumungsrecht in einer Weise regelt, die praktisch eine Ausschaltung dieses Räumungsrechtes für Deutschland bedeuten könnte. Die Deutschnationalen nahmen ferner Anstoß am Abs. 4 der Präambel des Schiedsvertrages mit Polen und der Tschoslo-Slowakei, das besagt, daß die vertragschließenden Regierungen darin einig wären, „daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden können“. Während die Juristen des Auswärtigen Amtes darin nur den Ausdruck einer Selbstverständlichkeit sahen, erblickten die Deutschnationalen darin einen Verzicht auf die Möglichkeit, den Artikel 10 der Völkerbundsakte zur Revision der Bestimmungen praktisch werden zu lassen, jenen Artikel, der besagt, daß die Bundesversammlung die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse auffordern könne, deren Aufrechterhaltung den Bestrebungen gefährden könnte.

Weiter sind die Deutschnationalen der Ansicht, daß der Entwurf der Kollektivnote, durch die die vier Westmächte, sowie Polen und die Tschoslo-Slowakei den Artikel 16 der Völkerbundscharte auslegen, die Bedenken gegen diesen Artikel nicht aus der Welt zu schaffen vermag. Endlich haben die Deutschnationalen nicht das Vertrauen zum Völkerbund, in den einzutreten wir nach dem Vertrag von Locarno gehalten sein würden, angesichts der Erfahrungen, die Deutsch-

land immer wieder mit diesem Bunde gemacht hat; in Ober-schlesien, in den Danziger, in den Saarfragen und in dem Investitionsbeschluß, der nichts weiter als eine Bewegung der Schnäffelkommissionen unter französischer Leitung bedeutet.

Nichten sich diese Gründe der Deutschnationalen im wesentlichen gegen Einzelheiten des Vertrages von Locarno, so bestehen daneben große grundsätzliche Bedenken. Einmal wird die Befürchtung heftig, daß der Eintritt in den Völkerbund und die Unterzeichnung jenes Vertrages nichts weiter bedeuten wird, als daß Deutschland die Ketten, die ihm 1919 aufgewungen wurden, künstlich freiwillig trägt. Das gleiche gilt für die zweite Befürchtung, daß wir praktisch unserer Vewegungs-freiheit beraubt würden und bei einem Konflikt zwischen Rußland und den Westmächten nicht mehr die Möglichkeit einer Option zwischen den beiden, noch die Möglichkeit einer tatsächlichen Neutralität hätten, sondern durch die Konsequenzen unserer früheren Schritte bei einem kriegerischen Konflikt auf der Seite der Westmächte, also von England und Frankreich wie seiner Vasallen Polen und der Tschoslo-Slowakei, hineingezogen würden. Diese Bedenken werden auch, was sehr beachtenswert ist, von den anderen Parteien der bisherigen Regierungskoalition geteilt.

#### Die Einstellung der Berliner Presse.

ist vorläufig nur aus dem zu erkennen, was die „Deutsche Tageszeitung“ und der „Vorwärts“ schreiben. Mit Ausnahme des „Vorwärts“ erscheinen nämlich in Berlin keine Montagmorgen-Ausgaben. Die „Deutsche Tageszeitung“ brachte heute aus Anlaß der Berliner Stadterordnetenwahlen eine Extraausgabe heraus, in der der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Paul Wälder zum deutschnationalen Fraktionsbeschlusse erklärte: Damit ist also eingetreten, was wir sofort nach dem Beschluß des erweiterten deutschnationalen Parteivorstandes als selbstverständlich bezeichneten. Mit Nachdruck kann betont werden, daß hinter der faktisch verschiedenen ersten Entschlüsse der Reichstagsfraktion und der zwei Tage später erfolgten Beschlußfassung des Parteivorstandes natürlich tatsächliche Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, daß aber nicht nur nicht im entferntesten von einer Krise in der Partei gesprochen werden kann, sondern die verschiedenen Beschlüsse sich, und vielleicht in erster Linie, aus der weiteren Klärung der Sachlage, nämlich dem von Tag zu Tag in ein ungünstigeres Licht gerückten Gesamtbild der Politik von Locarno

erheben haben. Denn diese Verschlechterung des Gesamtbildes war gerade auch hinsichtlich der tatsächlichen Lage der Deutschnationalen gegeben, so daß innerhalb der Reichstagsfraktion von selbst schon die Meinung, noch länger in einer Situation auszuhalten, die wenigstens den Schein der Zweideutigkeit hervorbrachte, von Tag zu Tag abgenommen hatte. Daß ohnehin auch die deutschnationalen Reichstagsfraktion bereits am Mittwoch durchaus auf dem gleichen faktischen Boden gegenüber dem Ergebnis von Locarno stand, wie der Parteivorstand am Freitag, ist kein Geheimnis. — Aba. Weder erklärt dann weiter, daß die Initiative nun durchaus beim Reichszankler liegt, um so mehr, als dieser durch seinen Entschluß zur Paraphrasierung der Abmachungen von Locarno den Keim zur Krise gelegt habe.

Der „Vorwärts“ erklärt in seiner Montagsausgabe, daß innerpolitische Krisen an den Verpflichtungen nichts ändern könnten, die Luther und Stresemann in Locarno übernommen hätten. Nur der Wille des Volkes könne sie zerreißen. Das deutsche Volk aber sei mit den Beschlüssen in Locarno in erdrückender Mehrheit (?) einverstanden. Es gälte, den richtigen Weg zu finden, um dem Willen des Volkes Geltung zu verschaffen.

#### Die Rückkehr zur Goldwährung in Ungarn.

Von Graf E. v. Zedtwitz.

Vor achtzehn Monaten, als die Sanierungsaktion des Völkerbundes in Ungarn einsetzte, war die finanzielle Lage des Landes fast verzweifelt. Ungarn stand vor einer Mis-ernte, die Krone war entwertet, die Kraft des Landes erschöpft und, was das Schlimmste war, das Selbstvertrauen des Volkes in den jahrelangen finanziellen und wirtschaftlichen Krisen völlig geschwunden. Unter diesen Umständen wollte im Lande keine rechte Hoffnung aufkommen, als in der Oster-woche 1924 das Sanierungsprogramm im Parlament angenommen wurde und Ungarn eine Anleihe von 250 Millionen Schweizer Franken erhielt, zumal dieser Betrag all-gemein als viel zu niedrig bezeichnet wurde. Die Sanierung setzte mit ungeheuren Steuerlasten ein, die um so drückender wirken mußten, als die Teuerung seit der Stabilisierung der Krone rasch zunahm und die „Gesundungskrise“ bald einen Grad erreichte, der zusammen mit den schlechten Ernterger-bnissen des Jahres 1924 die gesamte ungarische Wirtschaft schwer gefährdete. Gleichwohl wurde ein ungeahnter Erfolg erzielt: das erste Sanierungsjahr schloß anstatt des im Programm vorgesehenen Fehlbetrags von 100 Millionen Goldfronen mit einem Ueberschuß im Staatshaushalt von 63 Millionen Gold-fronen ab und der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1925/26 weist einen Ueberschuß von 27,6 Millionen Goldfronen aus, während für diese Periode noch ein Defizit von 50 Millionen angesetzt war. Dieser Erfolg, der alle Erwartungen weit übertraf, konnte allerdings nur mit schweren Opfern erzielt werden, die auch anerkannt wurden durch die Feststellung der Völkerbunds-Kommission, daß die äußerste Grenze der Steuer-belastung in Ungarn bereits überschritten und eine weitere Erhöhung ganz ausgeschlossen sei.

Der Ausweis des Völkerbunds-Kommissars Smith für das erste Sanierungsjahr zeigt, daß Ungarn in dieser Zeit von der Anleihe nur 85 Millionen Goldfronen in Anspruch ge-nommen hat, der Rest von 162,5 Millionen also noch unberührt zur Verfügung steht und zusammen mit den bedeutenden Devisenbeständen der Staatsbank Ungarns finanzielle Kraft und internationalen Kredit außerordentlich stärkt. So war es möglich, die ungarische Krone im Verhältnis von 1:848 000 zum englischen Pfund zu stabilisieren und diesen Kurs auch unter den schwierigen Verhältnissen des Jahres 1924 zu halten, als das alte Getreideexportland Ungarn fast zum Einfuhrgebiet wurde und der heimischen Volkswirtschaft durch Zwangsanleihen und Uebernahme der Aktien der neuen Notenbank ungeheure Beträge entzogen wurden.

Als dann der Kursunterschied zwischen dem Papierpfund und dem Goldpfund verschwand, war der Augenblick ge-kommen, wo auch Ungarn an die Festlegung seiner neuen Währung schreiten mußte. Trotz des Drängens der ge-samten ungarischen Wirtschaft ist fast ein halbes Jahr ver-gangen, bevor die Regierung sich über den Wert und die Be-nennung der neuen ungarischen Münzeinheit schlüssig ge-macht hat, weil gerade hierüber die Meinungen nicht nur zwischen den politischen Parteien, sondern auch innerhalb der ungarischen Wirtschaft weit auseinandergingen. Wollten ein-flussreiche Kreise der ungarischen Finanzwelt wegen der Ab-hängigkeit der ungarischen Währung von der englischen die Frage der Salutareform durch Einführung des englischen Goldschillings in Ungarn gelöst sehen, so traten insbesondere die Geldinstitute für den Anschluß Ungarns an die öster-reichische Schillingwährung ein, der sehr leicht vollzogen werden konnte durch Einführung einer neuen Münzeinheit in Ungarn, die ebenso wie der österreichische Schilling einem Wert von 10 000 Papierfronen entspricht. Da die ungarische und die österreichische Krone in Neuport seit längerer Zeit 0,00144 notieren, erhoffte man sich von der auf diese Weise hergestellten Gleichheit der Währungen nicht allein eine ge-wisse Sicherung der neuen ungarischen Valuta, sondern auch eine wirtschaftliche Wiedernäherung der seit 1918 getrennten Länder, in der gewisse Kreise schon den Beginn des von ihnen seit langem angestrebten wirtschaftlichen Zusammenschlusses der österreichischen Nachfolgestaaten sehen wollten. Das erste konnte nur dann zutreffen, wenn die Währungsangleichheit nicht allein in der äußeren Form hergestellt, sondern auch durch feste Garantien dem inneren Werte nach gesichert wurde, da dieser sonst, wie das Schicksal des Franken und der nordischen Währungen beweist, in unruhigen Zeiten nicht aufrecht-erhalten werden kann. Vor allem aber waren es politische Bedenken, die gegen diese Lösung von der ungarischen Wirt-schaft ins Treffen geführt wurden, da diese befürchtete, daß Ungarn dann als Vorläufer des Donauebundgedankens an-gesehen und die neue ungarische Währung damit das Ziel zahlloser Angriffe werden würde. In beiden Fällen aber, bei der „englischen“ wie bei der „österreichischen“ Lösung wurde vielfach vergessen, daß die Einführung einer neuen, der Be-völkerung fremden Währung immer ein Wagnis bleibt, da das Vertrauen des Volkes stets an der alten Währung hängt, während sich die neue dieses erst verdienen muß, was in einem Lande wie Ungarn nicht immer leicht sein wird. Daher traf die überwiegende Mehrheit in Ungarn stets für die Wiede-r-einführung der Goldkrone ein, die in mehr als drei Jahr-zehnten im Lande vollständig geworden ist und sich durch das Gelingen des ungarischen Sanierungswerkes auch ihre internationale Stellung wieder erworben hat. Die inflationsbe-dingte Wirtschaft hielt auch in der Inflation an ihr fest, seit der Stabilisierung der ungarischen Krone rechnete auch der Staat

#### Manöver der französischen Presse.

Paris, 26. Oktober. Der „Matin“ hält die Demission der drei deutschnationalen Minister für abgekartetes Spiel und nennt sie einen Akt der Erpressung an England und Frank-reich, der darauf abziele, von den Alliierten ein Obchikmah an Ingefühndnissen herauszuschlagen. Die deutschnationalen Manöver könnten, anstatt die alliierten Minister zur Ein-segung ihres ganzen Einflusses in dem für Deutschland er-forderlichen Sinne zu veranlassen, leicht das Gegenteil zur Folge haben.

„Deux re“ erwägt drei Möglichkeiten:  
1. Reichszankler Dr. Luther gebe seine Demission, die vom Reichspräsidenten aber nicht angenommen werden dürfte. Die drei Vortessellen werden dann Staatssekretären oder Sach-verständigen übertragen werden. Die Abmachungen von Locarno kämen vor den Reichstag und würden ratifi-ziert werden. Die Deutschnationalen würden zum Teil da-für, zum Teil dagegen stimmen.

2. Die Demission des Kabinetts Luther würde ange-nommen. Es käme zu einer neuen Koalitionsbildung, in der entweder Luther oder Stresemann die Oberhand behalten werde. In dem neuen Kabinett würde das Zentrum seine frühere Stellung wieder einnehmen. Die Ratifizierung der Abmachungen von Locarno stünde außer Zweifel.

3. Die Reichstagsauflösung. Das deutsche Volk schreitet zu Neuwahlen. Auch in diesem Fall würden die Verträge von Locarno ratifiziert.

„Cenore“ schließt, wie die Lage sich auch gestalten möge, brauche man nicht zu befürchten, daß die Verträge von Lo-

carno durch den Reichstag abgelehnt würden, um so weniger, da die Besprechungen über die Räumung Kölns einen günstigen Verlauf nehmen und Dr. Schacht außerdem in Amerika über die Anleihe verhandelt, die ohne die Ratifizie-rung der Verträge von Locarno schlußgelassen würde. (ZL)

#### Die englische Presse zur Berliner Artie.

London, 26. Okt. Der Rücktritt der drei deutschnationalen Minister aus dem Luther-Kabinett wirkt in London nicht üb-er-raschend. Die Blätter glauben, daß durch den Rück-tritt der deutschnationalen Minister, selbst bei einem Rücktritt des Gesamtkabinetts, an dem Resultat von Locarno wenig oder nichts geändert werden würde. Fast alle Blätter be-dauern, daß die Deutschnationalen Partei nicht zu den Unterzeichnern des Paktes gehöre. (ZL)

#### Ablehnung von Schiedsverträgen in Amerika.

Neuport, 24. Okt. Senator Borah veröffentlicht eine Erklärung, in der er in schärfster Weise gegen die Schieds-gerichtsverträge Stellung nimmt, da für Amerika die An-nahme eines Schiedsgerichtsvertrages gleichbedeutend wäre mit dem Eintritt in den Völkerbund. Schon des-wegen sei Amerikas Teilnahme an Schiedsgerichtsverträgen unmöglich, da es sich allem fernhalten müsse, was mit dem Völkerbunde in Verbindung stehe. Während einer all-gemeinen Rundgebung über Locarno erklärte Knabes, er sehe zwar in dem Werke von Locarno einen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Frieden, doch müsse Amerika völlige Jurisd-iktionshaltung gegenüber allen europäischen Vorgängen zeigen.